

Am Spitz 1
1210 Wien
Telefon: +43 1 4000 21000
Fax: +43 1 4000 9921220
E-Mail: post@mba21.wien.gv.at
www.wien.gv.at/mba

Geschäftszahl: Sachbearbeiter: Durchwahl: Datum:
GZ: 856221-2024-3 Mag. Hager-Liberda 21515 DW Wien, 9. Juli 2024

1220 Wien, Ziegelhofstraße 70
OSSI's KG

Genehmigung der Betriebsanlage gemäß § 359b Abs. 1 iVm Abs. 2 GewO 1994

BEKANNTGABE gemäß § 359b GewO 1994

Gegenstand: Ansuchen von der OSSI's KG um Genehmigung der Betriebsanlage im Standort 1220 Wien, Ziegelhofstraße 70 zur Ausübung des Gewerbes kein aufrechtes Gewerbe lt. GISA.

In der Betriebsanlage, welche ca. 96 m² umfasst und über 20 Verabreichungsplätze verfügen wird, soll ein Gastgewerbe eingerichtet werden. Es sollen kalte und warme Getränke, frisch gepresste Säfte, Poke-, Porridge- und Smoothie-Bowls, Suppen und Waffeln angeboten werden.

Folgende Geräte kommen im Wesentlichen in der Betriebsanlage zum Einsatz:
Induktionskochplatte, E-Fritteuse, Reiskocher, Kaffeemaschine, Eistheke, Saladette und Kühlgeräte

In der Betriebsanlage soll Hintergrundmusik dargeboten werden.

Die geplanten Betriebs- und Öffnungszeiten sind Montag bis Sonntag 9.00 Uhr bis 22.00 Uhr.
Die geplanten Anlieferungszeiten sind Montag bis Freitag von 9:00 Uhr bis 18:00 Uhr. Die Anlieferungen erfolgen mittels Klein-LKW.
Auslieferungen erfolgen von Montag bis Sonntag innerhalb der Betriebszeiten bis 21.00 Uhr.

Die Be- und Entlüftung der Betriebsanlage erfolgt über eine mechanische Lüftungsanlage. Die Zuluft wird über einen Ventilator straßenseitig angesaugt. Die Abluft wird über Aktivkohlefilter über Dach ausgeblasen.

Die Beheizung erfolgt über Fernwärme.

Es werden bis zu 3 ArbeitnehmerInnen beschäftigt werden.

Aus dem Genehmigungsansuchen und seinen Beilagen ergibt sich, dass die Voraussetzungen für ein Genehmigungsverfahren im Sinne des § 359b Abs. 1 Z 3 iVm Abs. 5 GewO 1994 iVm § 1 Z 1 der Verordnung, mit der Arten von Betriebsanlagen bezeichnet werden, die dem vereinfachten Genehmigungsverfahren zu unterziehen sind, BGBl. Nr. 850/1994, gegeben sind.

Die Gewerbeordnung sieht keine Augenscheinsverhandlung unter Einbeziehung der Nachbarn vor. Den Nachbarn wird aber ein Anhörungsrecht eingeräumt.

Nachbarn können bis 02.08.2024 in die Projektunterlagen beim Magistratischen Bezirksamt für den 21. Bezirk Einsicht nehmen und von ihrem Anhörungsrecht Gebrauch machen, wobei Eingaben schriftlich bzw. per E-Mail erfolgen sollten. Sie können sich für die Abgabe von Bedenken bzw. Einwendungen wie auch für die Einsichtnahme in die Einreichunterlagen eines Bevollmächtigten bedienen.

Ort der Einsichtnahme: Magistratisches Bezirksamt für den 21. Bezirk, Am Spitz 1, 1210 Wien, 1. Stock, Zi. 1.27

Zeit: Mo, Di, Mi, Fr von 8.00 bis 15:30 Uhr und Do von 8.00 bis 17.30 Uhr ausschließlich nach telefonischer Vereinbarung (Tel.:01-4000/21515)

Vom Anhörungsrecht kann mündlich bei der Behörde oder schriftlich (auch per Telefax oder E-Mail) Gebrauch gemacht werden. Sie können sich für die Abgabe von Bedenken bzw. Einwendungen wie auch für die Einsichtnahme in die Einreichunterlagen eines Bevollmächtigten bedienen.

Wir weisen darauf hin, dass das Projekt

- durch Kundmachung an der Amtstafel der Gemeinde,
- Anschlag auf dem Betriebsgrundstück sowie in den der Betriebsanlage unmittelbar benachbarten Häusern (gemäß § 356 Abs. 1 GewO 1994 haben die Eigentümer der betroffenen Häuser derartige Anschläge in ihren Häusern zu dulden)
- sowie Verlautbarung auf der Internetseite der Behörde

bekanntgemacht wurde.

Nachbarn im Sinne des § 75 Abs. 2 GewO 1994 haben im vereinfachten Verfahren nur insoweit **Parteistellung**, als es um das Vorliegen der Voraussetzungen für ein Verfahren gemäß § 359b GewO 1994 geht. Darüber hinaus bestehen keine Parteienrechte (Akteneinsicht, Parteiengehör, Bescheidzustellung, Beschwerderecht etc.).

Gemäß § 42 Abs. 1 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 – AVG verlieren jedoch in diesem Verfahren jene Nachbarn gemäß § 75 Abs. 2 GewO 1994, soweit sie nicht spätestens bis zum oa. Termin Einwendungen gegen die Verfahrensart erheben, ihre Stellung als Partei in dieser verfahrensrechtlichen Frage.

Wenn Sie jedoch durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis verhindert waren, rechtzeitig Einwendungen zu erheben und Sie kein Verschulden oder nur ein milderer Grad des Versehens trifft, können Sie binnen zwei Wochen nach Wegfall des Hindernisses, das Sie an der Erhebung von Einwendungen gehindert hat, jedoch spätestens bis zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Entscheidung der Sache, bei uns Einwendungen erheben. Diese Einwendungen gelten dann als rechtzeitig erhoben. Bitte

